Immer mehr häusliche Gewalt

Wenn Patienten Opfer sind Häusliche Gewalt bis hin zu Vergewaltigungen haben in den letzten Jahren zugenommen. Eine besondere Steigerung brachte die Pandemiezeit, in der die Menschen plötzlich lange sehr eng beieinander sein mussten und mit dieser ungewohnten Situation offensichtlich derart überfordert waren, dass es vermehrt zu aggressiven Verhaltensweisen kam.

ie Pandemie ist vorbei, die Gewalt ist geblieben. Die Bundesregierung hat am 07.06.2024 online veröffentlicht, dass 2023 laut Bundeskriminalamt eine Zunahme an häuslichen Gewalttaten von 6,5% gegenüber 2022 zu verzeichnen ist. Über eine Viertelmillion Menschen sind zu Opfern geworden. Es geht damit um rund 700 Vorfälle pro Tag und jeden zweiten Tag stirbt statistisch eine Frau durch derartige Übergriffe. Zwei Drittel aller Fälle beruhen auf Partnerschaftsgewalt, ein Drittel betrifft die restliche Familie.

Auch wenn überwiegend Frauen Opfer sind, darf nicht übersehen werden, dass die Zahl der betroffenen Männer immer größer wird. Gerade aber bei Männern vermutet man eine sehr hohe Dunkelziffer – eine Frau geht eher zur Polizei als ein Mann, der damit aus einem veralteten Rollendenken heraus offenlegen muss, dass er sich nicht gegen eine Frau zur Wehr setzen konnte. Aber betroffen sein kann letztlich jeder, denn Gewalt macht auch vor gleichgeschlechtlichen Formen des Zusammenlebens keinen Halt.

Gewaltbedingte Ursachen erkennen

Immer wieder werden Pflegende mit dieser Problematik konfrontiert. Da wird ein Opfer häuslicher Gewalt in die Klinik eingeliefert, ein anderes Mal hat man ein sehr ungutes Gefühl, insbesondere wenn ein Patient wieder entlassen wird, den beschützten Bereich einer Klinik verlässt und sich in das häuslich-familiäre Umfeld zurückbegibt. Doch wie erkennt man Betroffene, wie soll man mit dem Wissen oder einer Vermutung umgehen und was hat man überhaupt für Handlungsoptionen?

Nicht immer wird die Ursache einer Verletzung offensichtlich sein. Viele Betroffene wollen auch gar nicht offen ansprechen, was passiert ist – Scham, Angst, Schuldgefühle, Abhängigkeiten zum "Täter" – die Gründe sind zahlreich. Die häufigste Begründung für Verletzungen bei Frauen ist die Behauptung, sie sei eine Treppe oder Leiter heruntergefallen. Oft wird also nur der Verdacht vorhanden sein, aber es fehlt an gesicherten Erkenntnissen. Ärzte und Pflegefachkräfte werden in Zweifelsfällen genau hinschauen und Rückschlüsse aus Symptomen ziehen müssen. In der Medizin spricht

man an dieser Stelle gerne von "Red Flags", Juristen würden von Indizien sprechen. Beispiele dafür sind Verletzungen, die einfach nicht zur Begründung des Verletzten passen, das Vorliegen mehrerer Verletzungen in unterschiedlichen Heilungsstadien oder das relativ späte Aufsuchen einer Notaufnahme nach einer Verletzung. Hier sollte man versuchen, in einem möglichst geschützten Bereich mit den Betroffenen zu sprechen, gerade dann, wenn häusliche Gewalt tabuisiert wird. Betont werden muss immer die Vertraulichkeit. Wenn sich ein Gewaltbetroffener öffnet, sollte man stets derartige Übergriffe als Unrecht bezeichnen, weil dies den Opfern hilft, sich weiter zu öffnen. Aber auch, wer nicht darüber sprechen möchte oder alles verneint, empfindet oftmals das Hilfsangebot als ersten Schritt, den man sich nur noch nicht zu gehen traut. Sehr wichtig ist in all diesen Fällen eine sehr sorgfältige (Foto-)Dokumentation, auch von Auffälligkeiten, die nicht einer Behandlung bedürfen, kleine Hämatome, Brandverletzungen usw. Und schließlich weist man die Betroffenen auf die vielfältigen Hilfsangebote hin.

Schweigepflicht oder Tätigwerden?

Erfährt eine Pflegefachkraft, dass Gewalt die Ursache sein dürfte, entsteht immer ein Spannungsfeld zwischen den gewonnenen Erkenntnissen über Gewalthandlungen auf der einen Seite und der Schweigepflicht auf der anderen Seite. Sämtliche Angehörigen der Heilberufe unterliegen nicht nur einer arbeitsrechtlich verankerten Verschwiegenheitspflicht, sondern können überdies strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie ein "fremdes Geheimnis", das heißt Umstände über einen Patienten, anderen zugänglich machen. Der Schutz der Privatsphäre ist zu Recht sehr weit ausgestaltet, sodass prinzipiell niemand das Recht hat, zu erfahren, was in unseren privaten vier Wänden geschieht.

Die Verletzung von Privatgeheimnissen nach § 203 StGB ist jedoch in Ausnahmefällen zulässig, nämlich dann, wenn ein Rechtfertigungsgrund vorliegt. Sehr wichtig ist hier, dass die betroffene Person einwilligen kann, damit Informationen weitergetragen werden dürfen (Schweigepflichtentbindung). Ist eine Person einwilligungsfähig, die möglicherweise Opfer häuslicher Gewalt wurde, so

HEILBERUFE 2.2025/77 47

PFLEGE ALLTAG

sollten Pflegende immer das Gespräch mit ihr suchen. Vielleicht hat sie noch Hemmungen, fürchtet insbesondere, dass Ermittlungsbehörden informiert werden. Willigt sie aber ein, ist die Tür offen, um weitere Schritte einzuleiten. Natürlich kosten solche Gespräche viel Zeit, erfordern Geduld, Einfühlungsvermögen und Empathie.

Aus eigenem Antrieb, sich ohne das ausdrückliche "Go" der betroffenen Person an andere zu wenden, ist strafbar – und letztlich auch übergriffig, weil eben jeder aufgrund des in allen Lebensbereichen geltenden, grundgesetzlich garantierten Selbstbestimmungsrecht für sich selbst entscheiden muss, wann welche Konsequenzen gezogen werden sollen. Das mag für Außenstehende nicht immer einfach sein, insbesondere wenn diese gerne helfen möchten und es de facto nicht dürfen. Doch Körperverletzungen sind sogenannte Antragsdelikte – der betroffene Mensch muss den Strafantrag wollen – und erst, wenn dieser vorliegt, können staatliche Stellen ermitteln.

Hilfetelefon und Online-Angebot

Seit vielen Jahren gibt es das Hilfetelefon. Will sich jemand aktuell (noch) nicht dazu entscheiden, rechtliche Schritte einzuleiten oder ist er unsicher, was er tun soll, dann ist das ein sehr guter Weg, anonym mit jemanden sprechen zu können. Für Frauen gibt es die bundesweite Nummer 116 016, aber auch Männer werden nicht im Stich gelassen: 0800 123 99 00. Jeder findet heute auch sehr leicht online Hilfe (hilfetelefon.de bzw. maennerhilfetelefon.de).

Manches Mal darf die Schweigepflicht allerdings auch ohne oder gegen den Willen eines anderen gebrochen werden. Geht es nämlich um noch nicht oder dauerhaft nicht einwilligungsfähige Opfer (Kinder, Jugendliche, Behinderte), dann dürfen bei begründetem Verdacht durchaus Behörden wie das Jugendamt in Kenntnis gesetzt werden. Rechtlich handelt es sich um eine Offenbarungsbefugnis, also eine Erlaubnis, aber keine Pflicht, da hier sorgfältig der Schutz der Privatsphäre und der Schutz von Leib bzw. Leben eines anderen abgewogen werden müssen. Eine falsche Verdächtigung sollte nämlich ebenso vermieden werden wie untätiges Wegsehen.

Anzeigepflicht und Spurensicherung

Schließlich gibt es sogar eine Offenbarungspflicht, die in § 138 StGB geregelt ist. Geplante schwere Straftaten wie Mord und Totschlag müssen angezeigt werden, wovon allerdings wiederum Ärzte und deren "berufsmäßige Gehilfen" befreit sind. Eine bevorstehende häusliche Gewalt, die unter diesem "Schwellenwert" bleibt, darf demzufolge gar nicht zur Anzeige gebracht werden, auch nicht im Bereich der Sexualdelikte. 2003 wollte man die Vergewaltigung in den Katalog der anzuzeigenden Straftaten aufnehmen, dies fand jedoch keine Mehrheit beim Gesetzgeber.

Wird also ein Patient entlassen, bei dem mit erneuter Gewalt in der Familie zu rechnen ist, kann man so gut wie gar nichts unternehmen. Hilfsbedürftigeren Personen wie Kinder oder Behinderte kann man schon eher zur Seite stehen, aber auch in diesen Fällen wird es selbst für die zuständigen Ämter nicht einfach werden, da auch sie kein Betretungsrecht von Privatwohnungen haben.

Liegt der Verdacht auf eine Vergewaltigung vor, so handelt es sich insoweit zwar um ein sogenanntes Offizialdelikt, d.h. die Behörden müssen ermitteln, wenn sie Kenntnis davon erlangen. Doch ohne die Aussage des Opfers werden sie wenig ausrichten können und kein Betroffener ist verpflichtet, Angaben zu machen. Allerdings gibt es hier insofern eine Besonderheit, indem die Verjährungsfrist extrem lange ist - 20 Jahre. Bei Opfern unter 21 Jahren beginnt die Frist erst ab Erreichen des 21. Lebensjahres. Darin liegt der Grund, warum auch heute noch Jahre zurückliegende Missbrauchsfälle aufgeklärt und abgeurteilt werden können. Doch ob ein Missbrauch oder eine Vergewaltigung vorlag, wird in erster Linie davon abhängen, ob das Opfer dies glaubwürdig und zur Überzeugung eines Gerichts schildern kann. Je länger aber eine Tat vergangen ist, desto schwieriger wird dies. Viele Kliniken bieten daher heute Möglichkeiten einer Spurensicherung an - Vergewaltigungsopfer können entsprechende Einrichtungen aufsuchen und dort Spuren eines Sexualdelikts sichern lassen, müssen aber noch keine Strafanzeige stellen. Die Ermittlungsbehörden erhalten also keine Kenntnis von der Straftat und der Betroffene kann sich in Ruhe überlegen, welche Schritte er einleiten will. Auch Monate später sind dann die gesicherten Spuren gerichtsverwertbar abrufbar, was eine Verfolgung eines Täters wesentlich erleichtert. Darauf sollten Opfer einer Sexualstraftat hingewiesen werden. Oft müssen die Betroffenen in das häusliche Umfeld zurückkehren, weil Abhängigkeiten bestehen, aber sie halten sich so wenigstens die Möglichkeit offen, später doch noch etwas unternehmen zu können.

PFLEGE EINFACH MACHEN

Gespräche mit Opfern sind oft die einzige Möglichkeit, um Betroffenen zu helfen. Bereits der Umstand, dass das ihnen angetane Unrecht gesehen wird, kann überaus hilfreich sein.

Der Hinweis auf die Hilfsmöglichkeiten kann ebenfalls ein Weg sein, die Situation von Gewaltopfern zu verbessern. All das kostet aber regelmäßig nicht nur Zeit, sondern auch Empathie und kommunikative Fähigkeiten.

Einrichtungen sollten überdenken, ob es nicht sinnvoll wäre, Mitarbeitende entsprechend zu schulen, insbesondere in Notaufnahmen oder Bereichen, wo sich Pflegeempfänger nach einer notfallmäßigen Behandlung oder Operation befinden.

Schlüsselwörter: Häusliche Gewalt, Hilfsangebote, Anzeigepflicht, Schweigepflicht



Ass.-jur. Michael Irmler

Praxis für Konfliktarbeit und Mediation Lehrinstitut am Ersberg Ersbergstraße 16, 72622 Nürtingen mediation@ersberg.de

48 HEILBERUFE 2.2025/77